

Der *rote* Faden

Zeitung des SPD Ortsvereins Telgte/Westbevern



Guten Tag, liebe Leser*innen,

am 09. Juni ist die nächste Europawahl im Zeichen von Krisen und Kriegen. Rechtsradikale greifen wieder nach der Macht. Sie hetzen Menschen gegen-

einander auf und bedrohen den Frieden, unseren Wohlstand und unseren Zusammenhalt. Die SPD wird sich den Feind*innen der Demokratie entgegenstellen. Mit Leidenschaft kämpfen wir für Sie – in Europa und auch vor Ort.

In dieser Ausgabe des Roten Fadens werden wir Ihnen die Spitzenkandidatin der SPD für das Europaparlament, Katarina Barley, und den Kandidaten für den Wahlkreis Warendorf und das Münsterland, Gilbert Wamba, vorstellen. Des Weiteren haben wir für Sie die wichtigsten Forderungen aus dem SPD-Wahlprogramm zusammengefasst, damit Sie eine informierte Entscheidung treffen können.

Auch über die Kommunalpolitik in Telgte möchten wir Sie auf dem Laufenden halten. Informationen zu aktuellen Themen und unserem Ortsverein finden Sie jederzeit auf unserer Website www.spd-telgte.de! Oder Sie folgen uns auf Facebook und Instagram. Selbstverständlich können Sie uns jederzeit auch persönlich ansprechen oder eine E-Mail schreiben. Wir werden vor der Wahl donnerstags auf dem Wochenmarkt am Rathaus und samstags auf dem Marktplatz in Telgte einen Stand aufbauen, wo Sie sich informieren und mit uns diskutieren können. Wir freuen uns auf Sie.

Bleiben Sie gesund – und gehen Sie wählen!

Klaus Resnischek
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Telgte/Westbevern

Katarina Barley

unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl



Landungen der Flugzeuge. Ihre Mutter hingegen war ein Flüchtlingskind – sie flüchtete mit ihrer Familie durch Dresden nach den Bombardierungen durch die britische Armee.

„Dieselben Bomber, denen mein Vater als Kind zujubelte, hätten um ein Haar seine spätere Frau treffen können, meine Mutter. Das hat sich tief in das Bewusstsein meiner Familie eingebrannt.“

In Katarina Barleys Familie wurde schon immer über tagespolitische Ereignisse diskutiert – und das ist auch noch heute

so. Eine gute Diskussionskultur ist ihr auch in ihrer politischen Arbeit wichtig. Ihre Eltern gehörten keiner Partei an – für Katarina war aber schon früh klar, dass die SPD ihre politische Heimat werden sollte. Denn das

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

Gilbert Wamba
Seite 3

Wahlprogramm EU
Seite 4

Erfolge der Ampel-Regierung
Seite 8

Katarina Barley wurde am 09.11.1968 in Köln als Tochter einer Deutschen und eines Briten geboren. Sie besitzt die deutsche und die britische Staatsbürgerschaft, aber sie fühlt sich durch und durch als Europäerin. Ihr Vater wuchs in der Nähe einer Royal Air Force-Basis auf und beobachtete als Kind mit Begeisterung die Starts und

Fortsetzung von Seite 1

Katarina Barley

Thema soziale Gerechtigkeit steht für sie im Vordergrund ihrer Politik. Außerdem wollte sie Mitglied einer Volkspartei werden, um Politik zu machen, die für die gesamte Bevölkerung gut ist, nicht nur für eine kleine Interessensgruppe. Daher trat sie 1994 mit 26 Jahren in die SPD ein.

„Die Ungerechtigkeit, dass nach wie vor die soziale Herkunft über den Erfolg im Leben entscheidet, dass Armut krank und Krankheit arm macht, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, treibt mich immer noch um.“

Nach dem Abitur 1987 studierte Katarina Barley Rechtswissenschaften in Marburg und ging im Rahmen eines Erasmus-Stipendiums für ein Studienjahr nach Paris. Nach dem zweiten Staatsexamen und ihrer Doktorarbeit arbeitete sie in Hamburg in einer Großkanzlei und später beim Wissen-

schaftlichen Dienst des Landtags Rheinland-Pfalz. 2001 bekam sie das Angebot, als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bundesverfassungsgericht zu arbeiten – eine große Ehre und auch Herausforderung. Ihre Zeit beim Bundesverfassungsgericht beschreibt sie als einen der Höhepunkte ihres Lebens.

Nach der Geburt ihres zweiten Sohnes arbeitete sie unter anderem als Richterin, bis sie 2013 in den Bundestag gewählt wurde. 2015 wurde Katarina Barley zur Generalsekretärin der SPD gewählt. Das erfüllt sie noch heute mit Stolz. Die Sozialdemokratie hat eine lange und inspirierende Geschichte – es gibt sie seit über 150 Jahren. Die zentralen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind heute immer noch brandaktuell. Gerade in einer Zeit, in der in vielen Staaten ein Rechtsruck stattfindet. Unser Ziel, das Ziel der SPD, ist es, das Leben für alle Menschen besser zu machen. Und das gelingt in unserer komplizierten Welt nur mit viel Engagement, guten Ideen und Zusammenarbeit.

Ab 2017 übernahm Katarina Barley

verschiedene Ministerämter (Bundesfamilienministerin, geschäftsführende Ministerin für Arbeit und Soziales und Bundesjustizministerin). Seit 2019 ist Katarina für die SPD im Europäischen Parlament. Dabei ist ihr Schwerpunkt Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. In Zeiten wie diesen wichtig wie eh und je! Nicht mehr alle EU-Regierungen teilen die Europäischen Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass wir Europäer*innen dafür eintreten. Katarina Barley steht für ein Europa, in dem diese Grundprinzipien nicht verhandelbar sind.

„Seit fast 70 Jahren gibt die Europäische Union den Menschen Frieden und Stabilität. Das ist nicht selbstverständlich. Vorher war Europa Jahrhunderte lang ein kriegerischer Kontinent. Wir sind also Teil eines Wunders. Ich bin ein Kind Europas und möchte von ganzem Herzen, dass sich diese Geschichte fortsetzt. Dafür müssen wir etwas tun.“

Pia Pellmann

Da passiert was – an Telgtes Schulen

Im März letzten Jahres wurden seitens der Stadt Telgte im Ausschuss für Schule und Kultur die prognostizierten Schulentwicklungszahlen vorgelegt. Basis dieser Auswertungen bilden statistische Werte und das Geburtenregister der Stadt Telgte.

Folgende Erkenntnisse wurden für die einzelnen Schulen mit Stand 23.03.2023 festgehalten:

Grundschulen

Im Schuljahr 2026/2027 sind für die St. Christophorus Grundschule in Westbevern mehr Anmeldungen zu erwarten als Plätze vorhanden sind. Die Stadt Telgte prüft, ob es möglich ist, pro Eingangsklasse ein Kind mehr einzuschulen. Wenn diese Möglichkeit nicht besteht, gibt es noch die Option, eine 3. Eingangsklasse zu bilden. Für die Grundschulen in Telgte ergeben sich in den kommenden Jahren keine Engpässe. Allerdings hat die Stadt nun für das Schuljahr 2024/25 beschlossen, für die Marienschule nur zwei Eingangsklassen zu bilden. Denn durch die aktuellen Baumaßnahmen stehen weniger Räumlichkeiten zur Ver-

fügung. In den kommenden Jahren sollen alle Grundschulen in Telgte saniert und weiter ausgebaut werden.



Die geplanten Kosten belaufen sich hierfür bisher auf fast 30 Millionen €. Für die St. Christophorus-Grundschule in Westbevern sind aktuell keine Baumaßnahmen geplant.

Weiterführende Schulen

Nach den aktuellen Prognosezahlen der Stadt Telgte werden mittelfristig nicht alle Kinder einen Platz an Telgtes weiterführenden Schulen bekommen.

Die Platzvergabe erfolgt nach schulrechtlichen Kriterien und kann im äußersten Fall mit einem Losverfahren entschieden werden.

Erklärter Wille der SPD-Fraktion ist es entsprechend, dass jedes Kind, welches an den weiterführenden Schulen in Telgte angemeldet ist, auch einen Platz bekommt.

Auf dieses Ziel werden wir so gut wie möglich hinarbeiten. Die Sekundarschulen will die Stadt in den nächsten Jahren kontinuierlich erweitern. Für das Maria-Sibylla-Merian-Gymnasium ist der Neubau eines Gebäudeteils für 11,2 Millionen € geplant, um der

wachsenden Schülerzahl gerecht zu werden.

Hermann Möllers



Für die Europawahl am 09. Juni tritt die SPD im Kreis Warendorf mit dem Beckumer Gilbert Wamba als unserem Kandidaten an. Daher wollen wir Ihnen Gilbert und seine konkreten Ideen für Europa vorstellen.

Gilbert wurde 1962 in Kamerun geboren. Nach seinem Abitur erhielt er aufgrund seiner guten schulischen Leistungen ein Stipendium für ein Studium in Deutschland und studierte von 1987 bis 1993 Allgemeinen Maschinenbau an der Universität Duisburg-Essen. Mittlerweile lebt er über 35 Jahre in Deutschland, davon mehr als 20 Jahre zusammen mit seiner Familie in Beckum. Beruflich ist er seit 1996 in der Energiebranche im Bereich Energieversorgung tätig. Aktuell arbeitet er als Führungskraft bei einem großen Energiekonzern. Gilbert ist 2006 in die SPD eingetreten und seit 2009 Mitglied im Beckumer Stadtrat. Darüber hinaus engagiert er sich seit 2020 als Mitglied im Kreistag des Kreises Warendorf.

Seine politischen Schwerpunkte liegen hier im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Digitalisierung sowie den Arbeitsbereichen Arbeit, Wirtschaft und Soziales.

Im Falle seiner Wahl zum Europaabgeordneten hat Gilbert Wamba sich viel vorgenommen. Ein zentraler Schwerpunkt ist für ihn die Zusammenarbeit der Europäischen

Union mit dem Afrikanischen Kontinent in allen Bereichen zu stärken. Besonderen Wert legt er hierbei auf den Kampf gegen den Klimawandel und gegen weltweite Nahrungsmittelkrisen angesichts einer weiter wachsenden Weltbevölkerung. Eine Partnerschaft mit Afrika ist im Kampf gegen Nahrungsmittelkrisen von zentraler Bedeutung. Denn auf dem Kontinent liegen 65% des weltweit verfügbaren Ackerlandes.

Wenn die EU dabei hilft, Afrika als Kornkammer der Welt zu entwickeln, können wir also weltweit Nahrungsmittelkrisen bekämpfen und damit Leid und Fluchtursachen verhindern.

Auch im Kampf gegen den Klimawandel ist für Gilbert die Zusammenarbeit mit Afrika unabdingbar. Denn hier gibt es ein riesiges Potenzial für die Erzeugung erneuerbarer Energie.

Gilbert Wamba setzt sich dafür ein, dass Europa bis 2050 klimaneutral ist. Der Weg dahin muss aus seiner Sicht aber zwingend sozial und gerecht gestaltet werden.

Dazu will er die Menschen aktiv in den Transformationsprozess einbeziehen, um sicherzustellen, dass die Vorteile der nachhaltigen Entwicklung für alle zugänglich sind. In seinem Fachgebiet der Energieversorgung will Gilbert sich dabei durch die Einführung einer sogenannten Energieprepaidkarte für

die Verbraucher*innen einsetzen. Diese soll es ihnen ermöglichen, jederzeit ihre Stromkosten und Verbrauchsdaten einsehen zu können, um bei Änderungen schnell reagieren zu können. Ein weiteres zentrales Thema ist für ihn die Integration von zugewanderten Menschen in unsere Gesellschaft. Dies ist für Gilbert nicht nur ein Akt der Solidarität gegenüber ihnen, sondern stärkt auch die Gesellschaft selbst. Denn die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt kann dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Und auch für Inklusion wird Gilbert sich stark machen. Denn er weiß, dass die Qualität einer Gesellschaft sich durch ihren respektvollen Umgang mit den Schwächsten zeigt. Daher möchte er für ein Europa arbeiten, das die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und niemanden zurücklässt.

Mit Gilbert Wamba haben wir einen Kandidaten, der sich aus Überzeugung für eine solidarische und vielfältige Europäische Union einsetzt.

Er steht für einen entschlossenen und gleichzeitig sozial gerechten Kampf gegen den Klimawandel und für eine enge Partnerschaft mit Afrika, wovon beide Kontinente auf Augenhöhe profitieren sollen. Seine eigene Biographie sieht er hierbei als klare Stärke, um als Vermittler zwischen der EU und dem afrikanischen Kontinent agieren zu können.

Alexander Holthaus

Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Telgte/Westbevern

Redaktionelle Verantwortung:

Klaus Resnischek

Chefredakteur*innen:

Alexander Holthaus
Pia Pellmann

Gestaltung:

Paul Pellmann

Autor*innen:

Deniz Aktas
Ingo Deitmer
Alexander Holthaus
Hermann Möllers
Pia Pellmann
Klaus Resnischek

AUS UNSEREM EU-WAHLPROGRAMM

UMWELT

- für umweltfreundliche Technologien, saubere Energie und nachhaltige Produktionsweisen einsetzen
- Sozialer Green Deal: für faire und soziale Umgestaltung sorgen >> mehr... S. 5

BILDUNG UND ARBEIT

- gebührenfreie Bildung von Kita über Ausbildung und Erststudium bis zum Meister oder Master ermöglichen
- gegen den Mangel an Fachkräften kämpfen: einheimische Arbeitskräfte fördern und Fachkräfte aus anderen Ländern anziehen
- gute Rahmenbedingungen für Arbeit schaffen >> mehr... S. 5

DIGITALPOLITIK UND MEDIEN:

- Digitalisierung vorantreiben
- Entwicklung und Produktion digitaler Schlüsseltechnologien fördern
- Rechenkapazitäten ausbauen
- Unabhängigkeit der Medien schützen und effektiver gegen Desinformationen vorgehen

EU

- Staaten des westlichen Balkans sowie die Ukraine und Moldau in die EU aufnehmen sind >> mehr... S. 5
- Im Europäischen Rat Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen ablösen >> mehr... S. 5
- Verstöße gegen Grundwerte der EU stärker bestrafen

HANDEL UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

- eine klare europäischen Strategie für die Beziehungen zu China entwickeln >> mehr... S. 6.
- Für mehr Steuergerechtigkeit, Transparenz sowie eine globale Mindestbesteuerung einsetzen
- Für freien, gerechten und regelbasierten Welthandel sorgen >> mehr... S. 6

SOZIALES & WOHNEN

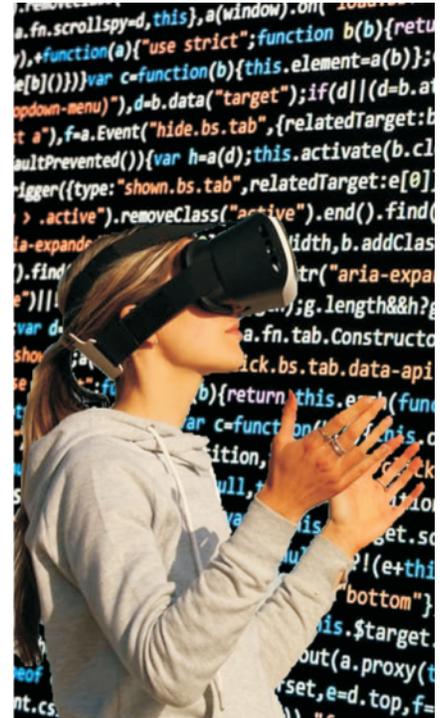
- Europäische Sozialunion aufbauen >> mehr... S. 6
- Schutz vor Kinderarmut: bis 2030 in der EU 5 Millionen Kinder aus der Armut holen
- bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Wohnungslosigkeit in Europa und Deutschland bis 2030 überwinden: Housing First Ansatz >> mehr... S. 6

GESUNDHEIT

- Europäische Gesundheitsunion aufbauen >> mehr... S. 6
- Geschlechtsspezifische medizinische Forschung vorantreiben >> mehr... S. 7

MENSCHENRECHTE

- Menschenrechte schützen und verteidigen, insbesondere die Rechte von Frauen*, nationalen Minderheiten, Menschen mit Behinderung und LGBTIQ+-Personen
- Gewalt gegen Frauen bekämpfen >> mehr... S. 7
- Recht auf Asyl schützen >> mehr... S. 7



DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung und künstliche Intelligenz beeinflussen alle Lebensbereiche. Deshalb braucht Europa eine gemeinsame Digitalpolitik. Dabei geht es um den Schutz grundlegender Rechte wie Datenschutz, Privatsphäre und Meinungsfreiheit. Es muss sichergestellt werden, dass Kommunikation im Internet vertraulich ist. Europa hat bereits wichtige Schritte dafür unternommen. Wir wollen weiterhin die digitale Selbstbestimmung und Verbraucherrechte stärken. Alle Bürger*innen sollen Zugang zu digitalen Ressourcen und digitalem Wissen haben. Deshalb muss der Mensch im Zentrum der Digitalisierung stehen. Wir wollen außerdem eigene Schlüsseltechnologien entwickeln, um weniger abhängig von anderen Ländern zu sein.

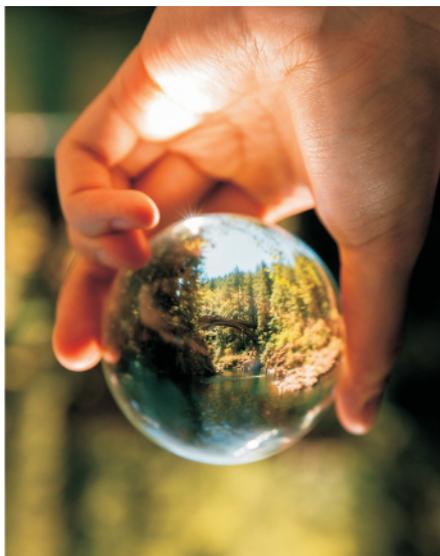


Du bist
schon 16?

9. JUNI
WÄHLEN
GEHEN!

»» SOZIALER GREEN DEAL

Der "Soziale Green Deal" ist eine Erweiterung des Konzepts des europäischen Green Deals. Dabei geht es darum, die Europäische Union auf den



Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu bringen und dabei soziale Aspekte stärker einzubeziehen. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft muss gerecht und sozial verträglich gestaltet werden. Der soziale Green Deal berücksichtigt verschiedene soziale Faktoren wie Arbeitsplätze, Wohnen, Gesundheitsversorgung, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Maßnahmen können zum Beispiel die Unterstützung betroffener Arbeitskräfte durch Umschulungen oder Weiterbildung und der Bau von bezahlbarem und energieeffizientem Wohnraum sein. Auch eine gerechte Energiepolitik, also bezahlbare Energiepreise, eine soziale Absicherung und eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrssystems sind wichtige Aspekte dabei. Der soziale Green Deal ist also eine umfassende Strategie, um einen gerechten Übergang in eine nachhaltige Zukunft zu gewährleisten.

»» GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ARBEIT

Es ist wichtig, auf europäischer Ebene gute Rahmenbedingungen für Arbeit zu schaffen. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze und faire Löhne. Einheitliche Mindeststandards für Arbeitsschutz, Löhne und Tarifbindungen helfen, faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer*innen in der EU zu gewährleisten. Das fördert den so-

»» MEHRHEITSENTSCHEIDUNGEN STATT EINSTIMMIGKEITSPRINZIP

Bisher gilt bei manchen Entscheidungen im Europäischen Rat das Einstimmigkeitsprinzip. Also alle Länder müssen sich einig sein, damit eine Entscheidung getroffen werden kann. Das gilt besonders für Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. In der Vergangenheit hat das schon dazu geführt, dass einzelne Länder Entscheidungen im Rat blockiert haben. Gerade in Zeiten, in denen einzelne Länder gegen Grundwerte der EU verstoßen, ist es wichtig, dass solche

»» AUFNAHME IN DIE EU

Wir wollen langfristig mehr Länder in die EU aufnehmen, sobald sie die Aufnahmekriterien erfüllen. Zu den Kriterien gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten. Auch eine funktionierende Marktwirtschaft ist ein wichtiger Faktor. Zudem müssen EU-Mitgliedsstaaten in der Lage sein, ihren rechtlichen Pflichten nachzukommen. Dazu gehört zum Beispiel die Übernahme der EU-Gesetze. Auch eine gute Verwaltungsinfrastruktur ist wichtig, um EU-Maßnahmen im jeweiligen Land umzusetzen.

Die EU hat den Staaten des westlichen Balkans schon vor über 20 Jahren eine Beitrittsperspektive zugesagt. Wir schlagen vor, erkennbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess einzuführen, wie zum Beispiel einen vorzeitigen Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt. Außerdem wollen wir die Ukraine und Moldau in die EU aufnehmen, sobald die Aufnahmekriterien erfüllt sind. Dies würde ein starkes Zeichen gegen die aggressiven Aktionen Russlands setzen und die Werte der EU von Frieden, Freiheit und Demokratie stärken. Bei neuen

Blockaden durch einen einzelnen Staat nicht mehr möglich sind. Außerdem sollen bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien härtere Strafen folgen. Zum Beispiel soll Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen, das Stimmrecht entzogen werden. Auch finanzielle Sanktionen sollen eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen Länder, die gegen die Grundwerte der EU verstoßen, nicht die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen können.



Mitgliedsstaaten ist es aus Sicht der SPD besonders wichtig, die Aufnahme strikt an den europäischen Grundwerten wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auszurichten.



»» BEZIEHUNGEN ZU CHINA

Die wachsende Bedeutung Chinas macht eine einheitliche europäische Chinapolitik notwendig. Wir wollen die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen vorantreiben. Dabei ist es unser Anliegen, die Achtung der Menschenrechte zu fördern. Außerdem ist es wichtig, dass wir mit vielen verschiedenen Ländern zusammenarbeiten. Denn der Angriff von Russland auf die Ukraine hat gezeigt, dass wir uns nicht von einzelnen Staaten abhängig machen dürfen. Daher braucht es eine europäische Strategie, um solche Risiken zu verringern – gerade, wenn es um die kritische Infrastruktur geht. Wir müssen versuchen, unsere wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu verringern, insbesondere bei der Rohstoffbeschaffung. Dabei ist es uns auch ein wichtiges Anliegen, den Import von Produkten zu verbieten, die in Zwangsarbeit entstanden sind.

»» FAIRER WELTHANDEL

Wir setzen uns für einen freien, gerechten und regelbasierten Weltmarkt ein. Dazu gehört, dass Handels- und Investitionsabkommen an ver-



bindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards gebunden sind - zum Schutz der Beschäftigten und der Umwelt. Zudem sollen Abkommen konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Folgemechanismen enthalten. Denn dann gibt es konkrete Maßnahmen, die bei Verstößen ergriffen werden können. Wir wollen außerdem, dass Klima- und Menschenrechtsziele in die Regeln des internationalen Handels einbezogen werden.

»» SOZIALUNION

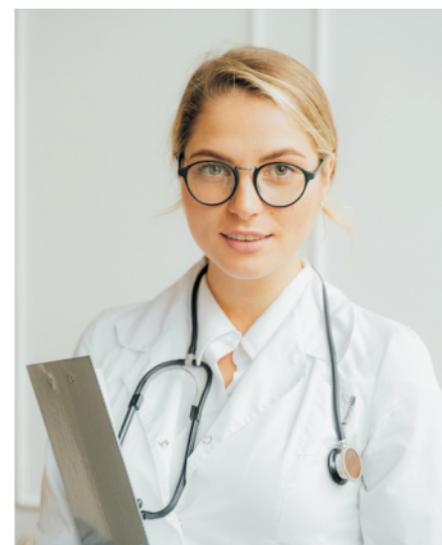
Mehr als 20% der EU-Bürger sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Deshalb wollen wir in der gesamten EU für starke soziale Sicherungssysteme sorgen und so die sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten verringern. Dazu möchten wir eine Rahmenrichtlinie verabschieden, in der Mindeststandards festgelegt werden für die nationalen Grundsicherungssysteme der Mitgliedsstaaten. Eine angemessene Einkommensunterstützung sowie Unterstützung zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt müssen in allen EU-Staaten gewährleistet sein – auch, um arbeitsbedingte Zuwanderung effektiv zu bekämpfen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Schutz vor Kinderarmut. Wir wollen bis 2030 fünf Millionen Kinder in der EU aus der Armut befreien.

»» HOUSING FIRST ANSATZ

Housing First ist der Ansatz, Obdachlosigkeit dadurch zu bekämpfen, den Betroffenen zuallererst und ohne Vorbedingungen eine eigene Wohnung zu bieten, in der sie dauerhaft leben können. Im Anschluss an die Unterbringung in einer Wohnung werden die Betroffenen dann durch weitere Hilfsangebote unterstützt – zum Beispiel bei der Arbeitssuche oder durch psychologische Betreuung. Dass das Konzept wirkt, zeigt sich überall dort, wo es bereits praktiziert wird. Es hat sich als sehr effektiv erwiesen, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit zu holen. Gleichzeitig reduziert es die Kosten für die Allgemeinheit, da Housing-First-Programme z. B. nachweislich die Zahl von medizinischen Notfällen reduzieren. Vor allem aber behandelt es die Betroffenen mit Würde, indem sie ohne Vorbedingung eine dauerhafte eigene Wohnung erhalten, anstatt sich erst durch die deutsche Bürokratie kämpfen zu müssen. Ein gutes Beispiel dafür, dass Housing First funktioniert, ist Finnland. Denn während im Rest Europas die Zahl der Obdachlosen in den vergangenen zehn Jahren um 70 % gestiegen ist, kann Finnland seine Obdachlosenzahlen seit Jahren reduzieren. Ziel der finnischen Regierung ist es nun, die Obdachlosigkeit bis 2027 komplett zu beenden.

»» EUROPÄISCHE GESUNDHEITUNION

Wir möchten eine europäische Gesundheitsunion aufbauen und gemeinsam Lieferengpässe bekämpfen. Gerade bei wichtigen Medikamenten und Impfstoffen. Deshalb wollen präventive Maßnahmen ergreifen. Wir brauchen ein europäisches Instrument zur Überwachung und Erkennung von Arzneimittellieferengpässen. Durch den gemeinsamen Einkauf von Arzneimitteln können wir als EU ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis erzielen und so für bezahlbare Medikamente sorgen. Besonders wichtig ist auch die Entwicklung neuer Antibiotika. Denn immer mehr Krankheitserreger sind resistent, sodass reguläre Antibiotika nicht mehr helfen. Deshalb müssen wir Anreize für die Entwicklung neuer Wirkstoffe schaffen. Gleichzeitig muss die Nutzung von Antibiotika besser beaufsichtigt werden, sodass Antibiotika nur noch dann verschrieben werden, wenn sie wirklich nötig und zum Krankheitserreger passend sind. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die chronischen Folgen von Infektionen (Long Covid, Post Vac, ME/CFS) besser erforscht werden. Die erkrankten Menschen brauchen dringend wirksame und zugelassene Medikamente. Durch die Bündelung von Ressourcen können wir die Entwicklung neuer Behandlungen und Technologien beschleunigen. Auch den Pflegesektor wollen wir stärken und verbindliche europäische Regelungen einführen, die prekäre Arbeit verhindern. In der Pflege müssen gute und sichere Arbeitsbedingungen herrschen.



» GEWALT GEGEN FRAUEN UND MENSCHENHANDEL



Um Gewalt gegen Frauen zu verhindern, müssen wir schädliche Normen, Strukturen und Stereotype ansprechen. Deshalb ist (Sexual-)Aufklärung in Schulen ein wichtiger Aspekt. Denn es muss ein gesamtgesellschaftliches Umdenken stattfinden. Es muss in allen Mitgliedsstaaten der EU selbstverständlich sein, konsequent gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Wir wollen außerdem gegen Menschenhandel kämpfen und die Gesetzeslage den neusten Herausforderungen in diesem Bereich anpassen. Hauptziel dabei ist es, Frauen* zu schützen, die mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung verschleppt

werden.

Als Grundstein wollen wir eine EU-Charta der Frauenrechte erarbeiten. Dies soll ein Katalog schützender Grundrechte und absoluter Mindeststandards sein. Wir wollen außerdem die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen* stärken und den universellen Zugang zu Verhütung und zu sicheren, legalen Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten. Langfristig sind auch ein kostenloser Zugang zu Abtreibungsmitteln wie der „Pille Danach“ und zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen unser Ziel.

» RECHT AUF ASYL

Das Recht auf Asyl ist für uns nicht verhandelbar. Faire Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen Standards müssen immer gewährleistet sein, auch in Grenzverfahren. Außerdem sollen Familien mit Kindern und andere vulnerable Gruppen von den Grenzverfahren ausgenommen werden. Eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten lehnen wir ab. Teil unserer Asylpolitik ist aber auch, dass ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der EU ihren europäischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und Geflüchtete aufnehmen müssen. Pushbacks, wie sie leider immer wieder an den europäischen Außengrenzen stattfinden, sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und müssen sofort eingestellt und bestraft werden. Die EU soll Staaten, die Geflüchtete aufnehmen, dabei unterstützen, die Versorgung der Geflüchteten und Migranten zu stemmen und soziale wie wirtschaftliche Verteilungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung zu verhindern.

Darüber hinaus wollen wir legale Zugangswege für geflüchtete Menschen schaffen. Zum Beispiel durch die gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern des UNHCR, aber auch durch humanitäre Visa.

» GESCHLECHTSSPEZIFISCHE MEDIZINISCHE FORSCHUNG

Männer und Frauen unterscheiden sich zum Beispiel bzgl. ihrer Gene und Sexualhormone. So haben Frauen beispielsweise aufgrund des Östrogens ein höheres Risiko für Autoimmunerkrankungen, während Männer aufgrund des Testosterons ein höheres Risiko für Herzerkrankungen haben. Aber auch dieselbe Erkrankung zeigt sich oft bei Männern und Frauen mit unterschiedlichen Symptomen. Ein Herzinfarkt äußert sich bei Männern durch Schmerzen im linken Arm oder der Brust, während Frauen meist unter weniger eindeutigen Symptomen wie Bauchschmerzen, Übelkeit und Schlafstörungen leiden. Bei Männern wird hingegen eine Depression oft nicht erkannt, da sie nicht typisch depressive Symptome wie Niedergeschlagenheit schildern, sondern eher



Aggression, Müdigkeit und erhöhten Alkoholkonsum.

Auch Medikamente wirken bei Männern und Frauen unterschiedlich. Da sich Muskelmasse, Körpergewicht, Körperfett und Wasseranteil je nach Geschlecht unterscheiden, erfolgt die Verteilung und der Abbau von Medikamenten im Körper bei Frauen anders als bei Männern.

Allerdings werden diese geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Forschung und der praktizierten Medizin oft nicht berücksichtigt, was zum Teil fatale Folgen haben kann. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die biologischen (und sozialen) Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Medizin in Praxis, Forschung und Lehre berücksichtigt werden.

Die Ampel - deutlich besser als ihr Ruf

Die Tage der Ampel sind gezählt. Während jedes neue Gesetzesvorhaben sofort zu einem erneuten Dauerstreit zwischen den Regierungsparteien eskaliert, bereiten Christian Lindner und seine FDP in regelmäßigen Abständen den Koalitionsbruch vor. Diesen Eindruck kann man zumindest manchmal beim Lesen der Nachrichten gewinnen. Und es wird ja auch viel und laut gestritten - teils so sehr, dass es so wirkt, als ob Teile der Koalition die Arbeit der Opposition gleich miterledigen wollten. Was dabei leider untergeht, ist, dass diese Koalition in ihrer Arbeit tatsächlich ziemlich erfolgreich ist - und das in einer Zeit, die durch so schwere Krisen geprägt ist, wie sie kaum eine Bundesregierung vorher bewältigen musste.

Fast 40 Prozent der Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind umgesetzt und bei weitere 25 Prozent sind bereits in Arbeit – das ist mehr, als die letzte Groko im gleichen Zeitraum realisiert hat.

Bis zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode im vergangenen Herbst hat die Ampel-Regierung bereits fast zwei Drittel ihrer insgesamt 453 Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag entweder erledigt oder zumindest mit deren Umsetzung begonnen, wie die Bertelsmann Stiftung in einer Studie zeigt. 174 Vorhaben sind demnach schon vollständig umgesetzt - und damit mehr, als die letzte Groko im gleichen Zeitraum realisiert hat. Darunter sind Meilensteine wie die von uns durchgesetzte **Erhöhung des Mindestlohns auf 12** und die **Abkehr vom Hartz-4-System**. Auch das **Kindergeld** und das **Wohngeld** wurden erhöht, was Millionen Menschen in unserem Land zugutekommt. Gleichzeitig verändert das **Deutschlandticket** für viele von uns unsere Mobilität im Alltag. Die Regierung hat ein **Recht auf Ausbildung** eingeführt und Maßnahmen ergriffen, um Aus- und Weiterbildung weiter zu stärken, damit niemand in einem sich schnell wandelnden Arbeitsmarkt den Anschluss verliert. Zusätzlich hat sie das **Einwanderungsrecht reformiert**, sodass dringend benötigte Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern nun deutlich leichter eine Tätigkeit in Deutschland

aufnehmen können. Nicht zuletzt hat die Ampel durch eine **Wahlrechtsreform** sichergestellt, dass bei den kommenden Wahlen nicht mehr als die vorgesehenen 630 Abgeordneten in den Bundestag einziehen - aktuell sind es dank Überhang- und Ausgleichsmandaten 734 Abgeordnete. Dabei wird sichergestellt, dass die einzelnen Parteien entsprechend ihres Stimmanteils vertreten sind und das Ergebnis nicht durch Überhangmandate verzerrt wird.

Und auch seit der Halbzeitbilanz der Bertelsmann Stiftung wurden fleißig weitere Vorhaben umgesetzt. Erst vor Kurzem wurde ein Maßnahmenpaket beschlossen, das den **Ausbau der Solarenergie** weiter beschleunigen soll (Solarpaket I). Die **Strafen für Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit** wurden - auch als Lehre aus der Maskenaffäre - verschärft. Für Studierende wurde für dieses Jahr die **Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets** beschlossen. Und mit dem **Rentenpaket II**, dessen Umsetzung sich gerade auf der Zielgeraden befindet, wird das Rentenniveau bei mindestens 48% stabilisiert.

All das hat unsere Regierung in einem extrem schwierigen Umfeld erreicht.

Zu Beginn der Legislaturperiode prägte noch die Bewältigung der gesundheitlichen und ökonomischen Folgen der Covid-Pandemie die Arbeit der Ampel-Koalition. Dann begann Putin

am 24. Februar 2022 seinen großangelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine und während er millionenfaches Leid über die Ukrainer:innen brachte, versuchte er unter anderem die Bundesrepublik durch unsere Abhängigkeit vom russischen Gas von einer Unterstützung der Ukraine abzubringen.

Doch stattdessen hat unsere Regierung ihre Unterstützung für die angegriffene Ukraine immer weiter ausgebaut und gleichzeitig Putins Versuch, eine Energiekrise in der Bundesrepublik auszulösen, abgewehrt.

Bisher hat Deutschland deutlich über eine Millionen Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen und ist mittlerweile nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine. Damit stellen wir uns entschieden gegen Krieg und Unterdrückung. Abschließend lässt sich also sagen: Auch wenn es leider oft in öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten untergeht, hat diese Regierung schon eine ganze Menge erreicht. Sie übertrifft bei der Geschwindigkeit, mit welcher sie Reformen umsetzt, die Vorgängerregierungen und bewältigt gleichzeitig noch schwere Krisen. Trotz allem - die Ampel liefert.

Alexander Holthaus

**WÄHLEN GEHEN!
AM 9. JUNI
SCHON AB 16 JAHREN!**

SPD

Soziale Politik für Dich.

Geförderte Wohnungen in Telgte

Telgte hat ein Wohnungsproblem. Schon seit Jahren sind kaum noch Mietwohnungen verfügbar und entsprechend steigen die Preise.

Zwar hat die Politik grundsätzlich die Möglichkeit für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, zum Beispiel in Form von geförderten Wohnungen, aber auch hier steht Telgte nicht gut da.

Das Problem der geförderten Wohnungen besteht darin, dass die Förderung auf einen Zeitraum von 15-20 Jahre beschränkt ist. Danach können die Eigentümer*innen die Mieten frei festlegen oder sogar die Wohnungen als Eigentumswohnungen verkaufen. Dadurch ist es für die Kommunen eine permanente Aufgabe, für Ersatz für die geförderten Wohnungen zu sorgen. Doch die Stadt Telgte hat sich zu lange vor diesem Thema gedrückt. Es war in der Tat bundesweit der Trend, eher die Menschen zu fördern als die Investitionen in Stein zu tätigen. Es wurden durch die sogenannte „Subjektförderung“ die bedürftigen Menschen gefördert.

Das klingt sympathisch, hat aber fatale Folgen: Es kommt den Staat teuer zu stehen und erlaubt den privaten Vermieter*innen aus der vernachlässigten Wohnungspolitik ordentlich Gewinn zu schlagen. Aus Sicht der SPD Telgte/Westbevern war diese einseitige Schwerpunktsetzung und die Vernachlässigung der Wohnungspolitik ein Fehler.

Es ist höchste Zeit, geförderte und somit bezahlbare Wohnungen in Telgte zu schaffen – und zwar so viele wie möglich.

Die SPD hat beim Kreis Warendorf nach den aktuellen Daten über die geförderten Wohnungen in Telgte gefragt: Das Bild, das sich ergibt, ist erschreckend!

In den nächsten fünf Jahren verliert Telgte 60% der geförderten Mietwohnungen.

Das bedeutet, dass bis 2027 mehr als 120 geförderte Wohnungen nicht mehr mit verminderten Mieten angeboten werden. Derzeit gibt es 202 geförderte Mietwohnungen in Telgte. 30 von diesen Wohnungen fallen im Laufe des Jahres 2023 aus der Förderung heraus. Weitere 50 Wohnungen werden in 2024 dem

freien (und damit teureren) Mietmarkt zugeführt. Die fatale Konsequenz dürfte darin bestehen, dass die derzeitigen Mieter*innen die dann möglichen höheren Mieten nicht mehr bezahlen können.

Schlimmer wäre noch die Konsequenz, wenn diese Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Dann können die neuen Eigentümer*innen den alten Mieter*innen aufgrund von Eigenbedarf kündigen. Die Situation verschärft sich im Laufe des Jahres 2027 dann nochmals: Es fallen weitere 41 Wohnungen aus der sogenannten Mietpreisbindung.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es dringend notwendig, dass die Stadt Telgte ein Konzept zur Erstellung von preiswerten Mietwohnungen erstellt. Im neuen Baugebiet Telgte Süd sind über alle Flächen ca. 500 Wohneinheiten insgesamt vorgesehen, davon mindestens 200 geförderte Wohneinheiten, die voraussichtlich zum größten Teil auf den städtischen Flächen entstehen werden.

Damit ist klar, dass das Baugebiet Telgte Süd nicht alle Probleme am

Telgter Mietmarkt für günstigen Wohnraum lösen wird. Die dort geplanten geförderten Wohnungen reichen allerdings aus, den Rückgang zu verlangsamen.

Hier ist weiterhin Handlungsbedarf gegeben. Und es gibt einen weiteren kleinen Lichtblick. Die Stadt Telgte ist als Mitglied der Stadtregion Münster beteiligt an der Gründung einer interkommunalen Wohnungsbau-gesellschaft.

Wir freuen uns sehr, dass eine solche Wohnungsbaugesellschaft nun auf den Weg gebracht wird. Denn das hatte die SPD Telgte/Westbevern bereits im Kommunalwahlprogramm 2020 als Ziel formuliert, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die SPD Telgte/Westbevern bleibt an dem Thema dran und wird weiterhin in der Ratsarbeit darauf drängen, dass auch für Telgter Bürger*innen mit geringem Einkommen zusätzliche Wohnungen geschaffen werden.

Ingo Deitmer



Masterplan Telgte Innenstadt

Um die Innenstadt in Telgte zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten, wurde der Masterplan Innenstadt entwickelt. Der Masterplan enthält Projekte und Ideen für die Zukunft der Altstadt und wurde zusammen mit den Telgter Bürger*innen entwickelt.

Das genaue Vorgehen wurde ab Juni 2020 erarbeitet. Festgelegt wurde dabei die Durchführung einer Bürgerbefragung sowie von zwei Workshops mit vielen Beteiligten.

Umfrage

Um eine Grundlage für den Prozess zu schaffen, wurde im November/Dezember 2020 eine Befragung unter Telgter*innen und Besucher*innen durchgeführt. Ziel war es, festzustellen: Was verbindet die Menschen mit Telgte? Was schätzen sie sehr? Was erdet sie? Was macht sie glücklich? Was wünschen sie sich? Teilgenommen haben 669 Telgter*innen und 72 Besucher*innen.

Zentrale Erkenntnisse aus der Umfrage: Alle lieben die schönen Gebäude, das Grün und das Gefühl von Heimat und wünschen sich mehr Geschäfte. Die Jüngeren (U30) wünschen sich spezifischere Angebote für ihr Alter wie junge Treffpunkte, vegane Restaurants und flächendeckendes WLAN. Die Älteren (Ü50) wünschen sich eigentlich eine Altstadt, wie sie schon (immer) war und hängen mehr am Auto. Das gesamte Umfrageergebnis finden Sie hier (Ergebnis Bürgerbefragung, Anlage 4).

Workshopphase und Ergebnisse

Auf Grundlage der Umfrageergebnisse fand der erste Workshop im Oktober 2021 statt. Beteiligt haben sich Vertreter*innen von Vereinen, Institutionen, der Hanse, der Stadtverwaltung, interessierte Bürger*innen, Schüler*innen- und Elternvertretungen sowie die im Rat vertretenen Parteien.

In dem Workshop wurden die Erwartungen an die Altstadt aus der Sicht acht verschiedener fiktiver Personen beleuchtet. Darunter waren zum Beispiel ein 20-jähriger Azubi und eine 59-jährige Restaurant-Besitzerin. Für jede Person wurde eine, aus den verschiedenen Beteiligten bunt zusammengewürfelte Arbeitsgruppe zusammengestellt, die Ideen und Projekte für die jeweilige Person entwickelte. Alle waren aufgefordert, eine andere Perspektive einzunehmen und sich in die Situation einzufühlen. Es folgten generations- und partei-

übergreifende Diskussionen, die den Beteiligten sichtlich Freude bereiteten. Die Ergebnisse wurden gesammelt und waren Grundlage für einen weiteren Workshop im Mai 2022. Ziel dieses Workshops war es, aus den Ideen konkrete Vorschläge für ein Handlungskonzept abzuleiten. Die Ideen wurden auch in diesem Workshop von bunt zusammengewürfelten Arbeitsgruppen entwickelt, in welchen die Beteiligten aus unterschiedlichen Vereinen, Parteien oder Generationen konstruktiv und engagiert zusammenarbeiteten.

Die aus diesem Workshop resultierenden Ideen wurden in verschiedene Kategorien eingeordnet und vom Lenkungsausschuss in den Masterplan aufgenommen.

Eine Reihe von Projekten im Masterplan, die nicht über den Bürgerprozess erarbeitet wurden, wie z.B. die Bebauung an der Kornbrennerei, befinden sich bereits in der Umsetzung.

Von den anderen Projekten und Ideen wurden einige priorisiert. Diese sollen möglichst schnell vorangetrieben werden, sobald die finanziellen Mittel und Ressourcen in der Verwaltung dafür vorhanden sind. Beispiele für priorisierte Projekte sind:

- Ein Rundweg um die Altstadt, ähnlich der Promenade in Münster. Für den gesamten Rundweg fehlt noch ein Teilstück im Bereich des neuen Kreuzweges
- Weitere öffentliche Toiletten

Die übrigen Ideen und Projekte wurden dem Themenspeicher zugeordnet. Das heißt, sie können Berücksichtigung finden, wenn der politische Wille, Haushaltsmittel und ggf. weitere Rahmenbedingungen vorhanden sind. Beispiele für Projekte im Themenspeicher sind:

- Ein Stadtgemeinschaftshaus / Mehrgenerationenhaus auf dem Knickenbergplatz (mit Tiefgarage für PKW und Räder, Cafe, Kleinstbühne/kino, offene Werkstattangebote, Seminar-räume und Wohnungen)
- Ein Kiosk am Bahnhof mit Getränken, Snacks, Obst in der Bahnhofshalle

Der Masterplan wurde vom Rat einstimmig beschlossen und dient als inhaltliche Grundlage für die zukünftige

Gestaltung und Vitalisierung der Telgter Altstadt. Das Gesamtergebnis ist hier einsehbar:

https://sessionnet.krz.de/telgte/bi/00050.asp?__ktonr=20071.

Fazit

Die SPD-Fraktion hat den Prozess aktiv begleitet, in den Workshops Ideen und Vorschläge eingebracht und dem Ergebnis im Rat zugestimmt. Positiv war für uns die generations-, vereins- und parteiübergreifende Zusammenarbeit. Das Einnehmen von Sichtweisen aus der Perspektive der virtuellen Personen hat uns geholfen, mehr Verständnis für die Bedürfnisse der jeweiligen Personengruppe zu entwickeln.

Kritisch sehen wir, dass der Masterplan Projekte enthält (Gestaltungs- und Erhaltungssatzung, Bauvorhaben Kornbrennerei, Bauvorhaben Alte Feuerwache, Umgestaltung Dümmert, Haus der Musik), die nicht originär aus dem Bürgerprozess Masterplan stammen, sondern schon vorher durch einzelne Initiativen, Ausschüsse und den Rat begründet wurden. Das Ergebnis des eigentlichen Bürgerprozesses wird durch die Einordnung in das Gesamtergebnis verzerrt wiedergegeben. Trotzdem sind Prozesse wie dieser, mit breiter Beteiligung der Bürgerschaft, ein Gewinn.

Hermann Möllers



Unsere Landtagsabgeordnete Nina Andrieshen

In diesem Beitrag werden wir euch Nina Andrieshen vorstellen. Sie ist seit November 2021 unsere Landtagsabgeordnete für den Kreis Borken. Darüber hinaus betreut sie seit der Landtagswahl 2022 nun auch den Kreis Warendorf, weil Annette Watermann-Krass nach insgesamt 15 Jahren als unsere Vertreterin im Landtag in den wohlverdienten Ruhestand gegangen ist.

Nina Andrieshen ist 1980 in Bocholt im Kreis Borken geboren, wo sie aufgewachsen ist und noch heute mit ihrem Mann und ihren drei Kindern lebt. Sie arbeitete von 2000 bis zu ihrem Landtagseinzug 2021 als Erzieherin und kennt sich bestens mit dem Bildungssystem aus. Außerdem ist sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO), des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und der Gewerkschaft ver.di.

2011 ist sie aus tiefer Überzeugung mit dem Ziel in die SPD eingetreten, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Als Erzieherin musste sie hautnah erleben, welche Folgen es für Kinder hat, wenn das Geld nicht reicht.

Kommunalpolitisch ist sie schon seit über zehn Jahren tätig und weiß daher, welche Themen den Menschen wichtig sind und welchen Einfluss politische Entscheidungen auf das alltägliche Leben haben. Von 2015 bis Oktober 2021 war sie Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Bocholt Süd-Ost. Ab dem Jahr 2016 fungierte sie als stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Borken. Zwei Jahre später wurde sie neben der Position der Beisitzerin im SPD-Stadtverband Bocholt auch in den SPD-Regionalverband Westliches Westfalen gewählt.

Diese Zeit in der Kommunalpolitik hat sie deutlich geprägt und fließt stark in ihre landespolitische Arbeit ein. Sie tritt dort für zentrale Fragen wie Arbeitsrecht, Umweltschutz und moderne Mobilitätsangebote ein. Ganz konkreter Erfolg ist die „0-Euro-



Ticket“ Aktion an Samstagen, welche für zunächst ein Jahr ab dem November 2019 in ihrer Heimatstadt geplant war und in der Praxis bis zum Juni 2022 lief. Die längere Laufzeit ist auf den Beginn der Corona-Pandemie zurückzuführen. Unter der Leitlinie „Lebensqualität steigern, ÖPNV stärken – Pilotprojekt kostenlose Nutzung Stadtbuslinien an Samstagen“ stellte die örtliche SPD einen Antrag, damit die Innenstadt an Attraktivität gewinnt und gleichzeitig die Bürger:innen für die Alternativen zum Auto sensibilisiert werden. Das zentrale Thema ist für Nina die Gewährleistung von Bildungsgerechtigkeit für Kinder in NRW.

Sie weiß aus ihrer langen Berufserfahrung, dass eine gute Bildung in der Kita anfängt und hier eine Personaloffensive notwendig ist, damit der Fachkräftemangel in den Kitas behoben werden kann. Diese Personaloffensive muss sich in Grundschulen und Ganztagschulen fortsetzen.

Sie schlägt als Lösung einen verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel vor, um Bildungsqualität zu sichern und das pädagogische Personal zu entlasten. Eine solche Personal-

offensive könnte die Bildungslücke zwischen den Kindern aus finanziell besser und schlechter gestellten Familien verringern und so verhindern, dass junge Leute aus ärmeren Familien auf ihrem Bildungsweg abgehängt werden. Auf diese Weise sollen die kommenden Generationen in NRW für die Zukunft vorbereitet werden.

Das zweite zentrale Thema ihrer politischen Arbeit ist die Umweltpolitik. Dabei ist das Erreichen von Klimaneutralität besonders wichtig.

Wesentliche Schritte sieht Nina hier in massiven Investitionen in Wasserstoff, Wind- und Sonnenenergie, aber auch der Entwicklung von modernen Mobilitätsangeboten. So ist zum Beispiel ein starker Ausbau des Bus- und Bahnnetzes unbedingt notwendig, insbesondere im ländlichen Raum. Dies ist dabei nicht nur aus umweltpolitischer Sicht sinnvoll, sondern auch aus sozialen Gründen.

Denn Mobilität ist ein wichtiger Aspekt für die Ermöglichung von Teilhabe aller Menschen am sozialen und gesellschaftlichen Leben und hat damit auch eine soziale Dimension.

Weiterhin betont Nina, dass wir gut ausgebaute Radwege brauchen sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Mit Nina Andrieshen haben wir eine engagierte Repräsentantin im Landtag, die eine lösungsorientierte Politik betreibt. Sie setzt sich mit viel Herzblut für die Region ein und möchte NRW zukunftsfester und lebenswerter machen. Sie vertritt solidarische Werte und setzt sich für Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Mobilitätsangebote und eine kluge Umweltpolitik ein.

Wir freuen uns, dass wir mit Nina eine Vertreterin haben, die mit ihrem unermüdbaren Einsatz die Werte der Sozialdemokratie vertritt nach ihrem Grundsatz: „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“. Sie ist eine Stimme für uns alle.

Deniz Aktas

Jahreshauptversammlung der SPD Telgte/Westbevern

Am 18.10. fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Unser Vorsitzender Klaus Resnischek begrüßte die anwesenden Genoss*innen im Speisesaal von Piesers Gasthaus in Westbevern-Vadруп.

Nach der Begrüßung eröffnete Klaus die Versammlung mit einem kurzen Rückblick. Dieser begann mit dem Sommerfest 2022, welches nach der Corona-bedingten Pause die erste Veranstaltung war, welche der Ortsverein für seine Mitglieder ausrichten konnte.

Mit Blick auf unsere letzte Weihnachtsfeier, die sehr gut besucht war, hob Klaus besonders das Engagement der Familie Simsek hervor, die für eine hervorragende Verpflegung der Anwesenden gesorgt hatte.

Im Februar 2023 nahmen dann Mitglieder unseres Ortsvereins an der Friedenskette zwischen Münster und Osnabrück als Zeichen gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine teil.

Im Sommer fand eine Informationsveranstaltung in Piesers Gasthaus mit unserem Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup statt, bei der er interessierte Bürger*innen über die Reform des Gebäudeenergiegesetzes informierte.

Den vorläufigen Abschluss machte das Sommerfest 2023, welches wieder sehr gut besucht war.

Klaus hob hervor, dass die SPD Telgte/Westbevern in der Zeit seit 2022 mehrere Neumitglieder gewinnen konnte. Auch nannte er nochmal die Jubilare der letzten anderthalb Jahre.

Mit Blick auf die politische Arbeit der SPD-Fraktion im Rat betonte unser erster Vorsitzender die zahlreichen Anträge, welche die Fraktion im Rat gestellt hat. Unter anderem nannte er dabei die Anträge zum Feriengeld für Familien, die Erhöhung der Sekretariatsstunden an den Grundschulen und das Aufstellen neuer Fahrradständer, die alle erfolgreich waren.

Er schloss mit einem Ausblick, in welchem er die schwierige Haushalts-



situation der Stadt als zentrale Herausforderung herausstellte.

Nach Klaus' Bericht stellte sich der Warendorfer Kandidat für die Europawahl vor. Gilbert Wamba lebt mit seiner Familie in Beckum und ist seit fast 30 Jahren in der Energiebranche tätig.

Er ist 2006 in die SPD eingetreten und seither kommunalpolitisch aktiv. Er ist seit 2009 Mitglied im Beckumer Stadtrat und seit 2020 Kreistagsmitglied in Warendorf.

Aufgrund seiner beruflichen Erfahrungen will Gilbert sich für die Einführung einer europäischen Energieprepaidkarte einsetzen. Diese soll es den Verbraucher*innen ermöglichen, jederzeit ihre Energiekosten zu überprüfen und auch Zahlungen zu tätigen. So will er helfen, böse Überraschungen durch hohe Nachzahlungen zu vermeiden.

Ein zentrales Thema ist für ihn auch die Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent. Er ist überzeugt davon, dass eine Stärkung Afrikas auch der EU zugutekommt.

Weitere wichtige Themen, die er im europäischen Parlament voranbringen will, sind die Themen Migration, Integration und Inklusion.

Nach der Vorstellung von Gilbert und der Entlastung des Vorstandes ging es

an die Wahlen für einen neuen Vorstand. Dabei wurde der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Klaus Resnischek (1. Vorsitzender), Kader Simsek-Sener (2. Vorsitzende), Karl-Heinz Redder (Kassierer) und Maïke Stutter (Schriftführerin) mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt. Auch die Kandidierenden für die Beisitzerämter Ceren Simsek, Alexander Holthaus, Simon Schätzlein, Hermann Möllers, Björn Jung, Ingo Deitmer und Josef Pritzen konnten sich über deutliche Ergebnisse freuen.

Nach den Wahlen verabschiedete unser 1. Vorsitzender mit großem Dank Doryn Herbst aus dem Vorstand. Doryn hatte sich viele Jahre im Vorstand engagiert – zuletzt als Beisitzerin.

Zum Schluss gab es noch einen Ausblick auf die anstehende Weihnachtsfeier und die Ankündigung, im kommenden Jahr für die anstehende Regionalplanung einen Workshop durchzuführen.

Alexander Holthaus